

SA-BULLETIN

2/99

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

Juni 1999





Erfolg für Zuger Flüchtlingstag:

In lockerer Atmosphäre und bis fast zum Schluss bei mildem Sommerwetter fand am 12. Juni der Zuger Flüchtlingstag statt. Les absents ont toujours tort – die Entdeckung des Tages war die einheimische Jazzband «smeets hieronymi rütti»

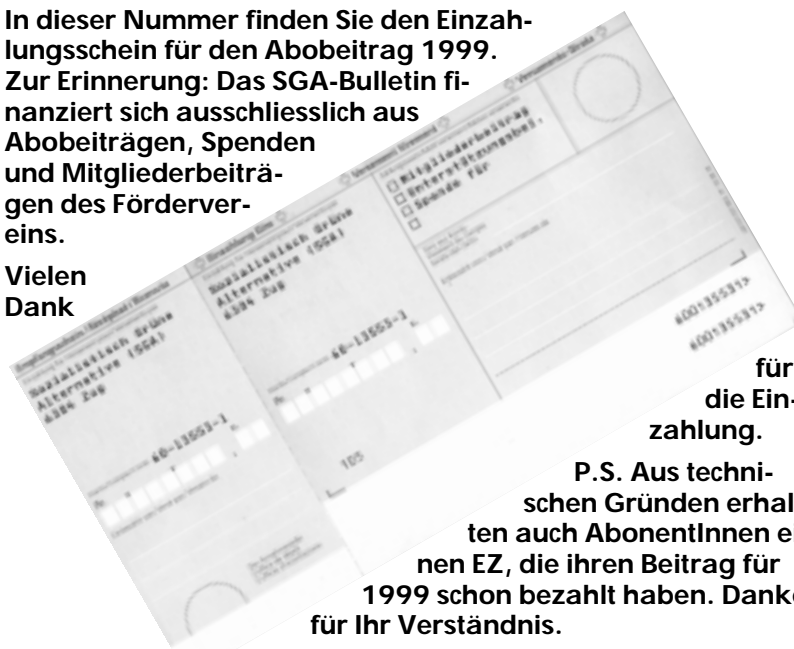
Der Regenguss ganz am Schluss erwies sich nachträglich als schlechtes Omen für den folgenden Abstimmungssonntag...

Bild: SGA-Bulletin

Abobeitrag 1999

In dieser Nummer finden Sie den Einzahlungsschein für den Abobeitrag 1999. Zur Erinnerung: Das SGA-Bulletin finanziert sich ausschliesslich aus Abobeiträgen, Spenden und Mitgliederbeiträgen des Fördervereins.

Vielen Dank



für die Einzahlung.

P.S. Aus technischen Gründen erhalten auch AbonentInnen einen EZ, die ihren Beitrag für 1999 schon bezahlt haben. Danke für Ihr Verständnis.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Interview	
« Der Sozialabbau ist noch nicht gegessen »	Seite 4
Film	
Tomis Open-Air-Führer	Seite 8
Mutterschaftsversicherung	
Frauenstammtisch	Seite 10
Regierungsrat	
Coaching bringt's!	Seite 11
Zuger Verkehrspolitik	
Im Strassengraben	Seite 12
Kantonsrat	
Herausgefordert und magisch angezogen	Seite 16
Krieg auf dem Balkan	
Ein Vorwand zur Nato-Legitimation	Seite 18
Krieg auf dem Balkan	
Hilflosigkeit aushalten	Seite 20
Frontal	
Überflüssige Operationen	Seite 23

Impressum

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

SGA-Bulletin Nr. 2/99, Juni 1999; erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin

Adresse: SGA-Bulletin, c/o Martin Stuber, Bleichmattweg 5, 6304 Zug; 7118633; mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

Layout: Markus Müller

Belichtung und Druck: ropress Zürich

Auflage: 1150

Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

Redaktionsschluss Nr. 3/99: Freitag, 23. August; Erscheinungsdatum Montag, 2. September 1999.

Von Geröll und Geschiebe

Noch während ich dieses Editorial schreibe, ist wieder alles ganz anders. Hatte ich den Auftrag, Bezug zu nehmen auf die Auswirkungen des Kosova-Krieges für den Kanton Zug, so ist nun plötzlich der Friede ausgebrochen. Also denke ich über die Auswirkungen des Friedens nach. Oder soll ich den Siegesmeldungen der NATO doch nicht so ganz trauen? Gerade jetzt, wo doch der Bundesrat unsere Rettung vor den Flüchtlingsfluten, -strömen, -wellen beschlossen hat, jetzt wo ich mich nach schwerer Bedrohung durch die Not anderer wieder ganz sicher und behütet fühle in diesem Land, jetzt heisst es: Sandsäcke wegräumen. Doch vielleicht sollten wir die Schutzwälle lieber bestehen lassen, wer weiss schon, wann das nächste Unwetter hereinbricht...

Die Naturgewalten dieses Winters und Frühlings haben in einigen Köpfen Geröll abgelagert. «Die Schweiz unattraktiv machen», definiert Bundesrätin Metzler das Ziel ihrer Flüchtlingspolitik. Sandsäcke vorlagern, damit die Fluten sich woanders hin ergiessen. Während sie in bester PR-Manier den Notstand für die Schweiz herbeiredet, um uns das dazu passende griffige Notrecht zu verkaufen, machen sich andernorts verschiedene Stellen und Organisationen Gedanken, wie den Menschen geholfen werden kann, denen die wirkliche Not ins Gesicht geschrieben steht: den Flüchtlingen aus Kosova. Was dürfen sie noch erwarten von einer Welt, in



der offenbar keiner sie will? Das UNHCR hat diesen Menschen den Flüchtlingsstatus klar zuerkannt. Die Schweiz tut sich schwer damit. Sie bringt nun Warteräume als Überlager der vollen Empfangsstellen des Bundes ins Gespräch. Warteräume? Lauschige Häuschen an stillgelegten Bahnlinien? Noch ein PR-Gag? Die korrekte Übersetzung heisst: Internierungslager. Damit das Ganze einen humanitären Anstrich bekommt, sollen nun die Hilfswerke in die Strategie des Bundesrates eingebunden werden. Eine gefährliche Allianz. Was werden wir uns in 50 Jahren vorwerfen lassen müssen?

In den Kanton Zug sind über das vom Bund bewilligte Kontingent rund 60 Flüchtlinge eingereist. Familien oder das, was davon noch übrig geblieben ist. Sie werden in den kantonalen Unterkünften einquartiert, deren Kapazitäten noch nicht ausgeschöpft sind. Denn der Kanton hat sich früh Gedanken gemacht und sich entsprechend vorbereitet. Unterkünfte wurden angemietet, eine eventuelle Unter-

bringung in Zivilschutzanlagen abgeklärt. Im Gespräch mit der Asylbrücke Zug wird nach verschiedenen Möglichkeiten der Betreuung der Flüchtlinge gesucht. Die Asylbrücke ihrerseits steht im Dialog mit Vertretern der kosova-albanischen Gemeinschaft in Zug. Es soll ein tragendes Netz aufgebaut werden, damit traumatisierte Menschen schnell Hilfe erhalten, damit Kinder durch Schulunterricht rasch wieder eine Tagesstruktur bekommen, damit Menschen über eine Beschäftigung wieder ein Stück Normalität leben können.

Auch wenn jetzt plötzlich der Friede ausgebrochen ist, wird es lange dauern, bis die Vertriebenen zurückkehren können. Kosova muss ganz neu aufgebaut werden, politisch, wirtschaftlich, sozial. Die Balkanregion ist durch den Frieden in Kosova keineswegs stabilisiert. Zu sehr ist sie in ihrer Vergangenheit verstrickt. Nationalismus vernebelt den Blick, es fehlt an Visionen für die Zukunft. Das Elend ist gross, auch das wirtschaftliche. Kosova wird noch lange am Tropf der internationalen Gemeinschaft hängen. Gerade junge Menschen werden versuchen, ihr Glück anderswo zu finden. Und so lange werden wir in der Schweiz und auch im Kanton Zug Flüchtlinge aus dem Balkan haben - auch wenn wir sie dann getrost wieder Wirtschaftsflüchtlinge nennen können. Denn der Krieg ist jetzt schliesslich vorbei. ■

Cornelia Mayinger,
Co-Präsidentin Asylbrücke
Zug

«Der Sozialabbau ist noch nicht gegessen!»

Kantonsrätin Manuela Weichelt, Frische Brise Steinhausen, und Gemeinderat Martin Stuber, SGA Stadt Zug, kandidieren zusammen mit dem bisherigen Armin Jans, SP Zug, auf einer gemeinsamen Liste «SP und Alternative» für die Wahlen in den Nationalrat. Im Bulletin-Gespräch haben sie pointiert aufgezeigt, weshalb es eine stärkere Zuger Vertretung der sozialen und solidarischen Kräfte braucht.

Das Interview führten Martin B. Lehmann und Gisela Hürlimann am 18. Juni 1999. Bilder A. Wyttenbach

Bulletin: Manuela, du bist dem Zuger Publikum im Zusammenhang mit der lokalen Spitalpolitik bekannt. Wo siehst du deine Betätigungsfelder im nationalen Bereich?

Manuela Weichelt: Das wird sicher auch auf nationaler Ebene die Gesundheitspolitik sein, da gibt es bei der Revision des KVG sehr viel zu tun. Ebenso muss die Spitalfinanzierung auf Bundesebene neu geregelt werden. Und im Bereich der Drogenpolitik steht die Betäubungsmittel-Revision an. Mir ist es sehr wichtig, dass in allen Vorlagen frauenspezifische Aspekte berücksichtigt werden. Das heisst, dass bei jedem Geschäft überlegt werden muss, welche Auswirkungen auf die Lebensläufe von Frauen und in Bezug auf die Gleichstellung zu erwarten sind.

Bulletin: Es werden ja auch noch diverse gesundheitspolitische Initiativen eingereicht...

Manuela Weichelt: Wichtig ist mir sicher, dass die Krankenkassenprämien einkommensabhängig werden und nach dem Solidaritätsprinzip funktionieren.

Bulletin: Macht die Forderung des Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbundes nach einer Einheitskrankenkasse Sinn?

Manuela Weichelt: Nein, das macht für mich keinen Sinn: die Krankenkassen sind für mich der einzige Ort, wo ich einen Markt im Gesundheitswesen befürworte.

Martin Stuber: Für mich sind die Krankenkassen genau nicht der Ort,



Manuela Weichelt: «Wir sind in ökonomischen Fragen kompetent und haben bei der Mutterschaftsversicherung sehr klar gezeigt, wie sie finanziert werden müsste.»

wo im Gesundheitssektor der Markt spielen soll. Sonst haben wir den Kampf um die sogenannten «guten Risiken». Ich bin für eine einheitliche Kasse. Die muss aber effizient funktionieren. Und ganz entscheidend: Ein öffentliches, rechenpflichtiges Gremium, dem auch PatientInnen-Organisationen angehören, muss diese Kasse überwachen und für Transparenz sorgen. Ich glaube, einige würden staunen, wie die Prämien dann sinken würden, nur schon wegen dem wegfallenden administrativen Leerlauf. Bei der Krankenversicherung ist das Solidaritätsprinzip zentral: wenn jemand krank wird, aus welchen

Gründen auch immer, soll diese Person deswegen nicht massive Nachteile in Kauf nehmen müssen, sondern die Gesellschaft soll das gemeinsam tragen.

Manuela Weichelt: Meiner Ansicht nach sollte vielmehr der Risikoausgleich neu geregelt werden. Der bestehende richtet sich nach Alter und Geschlecht. In Zukunft müsste der Risikoausgleich nach Krankheits- und Gesundheitszustand funktionieren. Es bestünde trotzdem noch genug Markt für die Krankenkassen und Spielraum für Verhandlungen.

Bulletin: Primär wird die Kostenexplosion ja durch die ÄrztInnen produziert. Was hältst du von einer Zulassungsbeschränkung?

Manuela Weichelt: Das Medizinstudium scheint mir der falsche Ort, damit anzufangen. Denn in diesem Stadium ist es sehr schwierig zu entscheiden, wer wird eine gute Ärztin, ein guter Arzt. In der Einschränkung der Zulassung der BelegärztInnen zum Operieren sehe ich dagegen eine Möglichkeit. Es gibt übrigens noch andere Gründe für die Kostenexplosion!

Bulletin: Um die Kostenfrage auf das gesamte Sozialwesen auszudehnen: Es wird auch von linker Seite kritisiert, die Mutterschaftsversicherungs-BefürworterInnen hätten es den GegnerInnen genau damit einfach gemacht hat, dass man die Finanzierung nicht abschliessend geregelt hat. Was meint ihr zu dieser Einschätzung?

INTERVIEW

Manuela Weichelt: Ich denke, wir haben realisiert, dass wir uns auf ökonomische Fragen einlassen müssen. Und wir sind in diesem Thema durchaus kompetent. Bei der MSV war das finanzielle Argument teilweise auch ein Scheinargument. Wir haben doch sehr klar kommuniziert, dass die Erwerbsersatzordnung besonders mit der Armereform XXI mehr als genug Geld zur Verfügung hat, und wir haben aufgezeigt, wie die MSV finanziert würde. Mann und Frau haben aus anderen Gründen dagegen gestimmt.

Bulletin: Auch wenn es sich um Scheinargumente handelt, so schaffen es die Bürgerlichen doch immer wieder, mit Finanzargumenten alles abzublocken, was nach Ausbau oder Erhalt des Sozialstaates aussieht, oder?

Martin Stuber: Das stimmt nicht. Wir haben auch Abstimmungen gewonnen wie jetzt gerade die IV-Viertelsrente.

Bulletin und Manuela Weichelt:...Da handelt es sich um Behinderte, die haben eine Lobby und da wurden die AusländerInnen nicht als Sündenböcke hingestellt...

Martin Stuber: Jetzt schüttet doch das Kind nicht mit dem Bade aus! Der Sozialabbau ist wegen einer verlorenen Abstimmung noch nicht gegessen. Ich glaube nicht, dass die Leute wegen dem Geld Nein gestimmt haben. Der Hauptgrund war....

Manuela Weichelt: ...die Familienideologie und die Angstmacherei, die Ausländerinnen bekämen dann viel Geld.

Martin Stuber: Ja, die Entsolidarisierung greift nach fünfzehn Jahren neoliberaler Kampagne langsam. Wir hatten vor vier Jahren im Nationalratswahlkampf eine total gute Parole: «Solidarität schafft Sicherheit». In den nächsten Jahren müs-

sen wir dieses Thema systematisch beackern. Nicht mit Predigen, sondern indem wir konkret aufzeigen, dass es der grossen Mehrheit mehr bringt, solidarische Lösungen zu suchen, als dass sich jedeR alleine mit den Ellbogen durchboxen muss.

Manuela Weichelt: Man muss auch sehen, dass die Bürgerlichen für gewisse Sachen sehr viel Geld haben. Für ein Zentralspital möchte man im Kanton Zug 105 Millionen ausschütten, bevor man abklärt, ob nicht billiger ginge. Wir haben von linker Seite sehr wohl Sparvorschläge. Mit der Entkriminalisierung des Drogenkonsums und der Vorbereitungshandlungen liessen sich beispielweise jährlich zirca 30 Millionen Franken sparen.

Bulletin: In einer Umfrage waren 65 Prozent der Befragten dafür, dass man homosexuellen Paaren eine Art Eherecht gewährt. Was meint ihr?

Martin Stuber: Das ist für mich selbstverständlich. Wenn man akzeptiert und es für normal hält, dass es Heterosexuelle, Homosexuelle und Bisexuelle gibt, dann muss man auch allen die gleichen Rechte geben.

Manuela Weichelt: Klar. Die versicherungstechnischen Fragen müssen geregelt werden. Und was die symbolische Anerkennung eines Paares durch die Ehe anbelangt, sollen alle selber entscheiden können.

Bulletin: Wie stehts mit den klassisch bürgerlichen Themen? Stichwort: Besteuerung von Kapitalerträgen. Sofort kontert die Wirtschaft, es würden ihr Milliarden weggenommen. Oder das Steuerkonkordat: Auch ein kleiner Gewerbler in Unterägeri wird darunter leiden, wenn man das einführt. Wie könnt ihr das den ZugerInnen schmackhaft machen?

Manuela Weichelt: Wir Alternativen haben ja bereits einmal einen Vor-



Martin Stuber: «Es geht den Reichen und Superreichen ganz einfach darum, dass sie weniger an den Staat zahlen müssen - um nichts anderes. Das müssen wir immer und immer wieder laut sagen.»

stoss für eine Kapitalgewinnsteuer im Kantonsrat eingebracht, der dann nicht einmal überwiesen wurde, so tabu ist das anscheinend. Was das Steuerkonkordat anbelangt, ist das Hauptargument dafür die Solidarität, und die ist heute schwierig herzustellen.

Bulletin: Wie stellt man diese Solidarität wieder her? Wie reagiert man auf die Forderung, wie sie von Unternehmenskreisen lanciert wird, ihre ausländischen Kader müssten von der Mehrwertsteuer befreit werden?

Martin Stuber: Es geht den Reichen und Superreichen ganz einfach darum, dass sie weniger an den Staat zahlen müssen - um nichts anderes. Das müssen wir immer und immer wieder laut sagen. In den USA existieren heute Zahlen darüber, was die Reaganomics angerichtet haben - nämlich eine gigantische Umverteilung des Reichtums von unten nach oben. Kurioserweise sind die USA aber bei der Kapitalgewinnsteuer ein positives Beispiel, die gibts

INTERVIEW

dort nämlich schon lange. Natürlich ist die Angst der Bürgerlichen, dass Unternehmen im Zeitalter der Globalisierung flugs den Standort wechseln, nicht unbegründet. So gesehen ist ein Teil des Zuger Reichtums effektiv auf Sand gebaut. Es handelt sich um ein tiefer liegen-

die einzelnen Haushalte zu entlasten. Der Kanton Zug beispielsweise holt nur fünfzig Prozent der vom Bund in den zentralen Topf eingespiessenen Gelder heraus, während die Westschweizer Kantone da hundert Prozent herausholen. Die Schlagzeile kürzlich, wonach jeder

kommensquelle erschlossen werden
Martin Stuber: Richtig. Die oberen Zehntausend sollen nicht weniger Steuern bezahlen, sondern mehr. Allerdings haben auch wir ein Interesse an der Vereinfachung der Besteuerung. Auf drei bis vier verschiedenen Ebenen Steuern zu erheben, ist bürokratischer Unsinn. Ich schlage vor, wir schaffen eine einheitliche Steuer auf nationaler Ebene, deren Erträge nach einem demokratisch geschaffenen Schlüssel an Bund, Kantone und Gemeinden zurückverteilt wird. Was die dann mit dem Geld machen, ist ihre Sache.



Manuela Weichelt: «Für mich ist klar, dass wir weiter mit vollen Kräften neue Arbeitszeitmodelle suchen müssen, die 36-Stunden-Initiative ist ein Ansatzpunkt.»

des Problem, das seine Wurzeln in der völligen Liberalisierung der weltweiten Finanzströme hat. Das ist ein Grund, weshalb ich von der Notwendigkeit einer supranationalen Organisationen wie der UNO überzeugt bin, welche das z.B. mit einer weltweiten Kapitaltransfersteuer regeln soll, der sogenannten Tobin-Tax.

Bulletin: Auch an die Adresse der Linken geht der Vorwurf, dass zu wenig berücksichtigt wird, welchen Umverteilungseffekt zu Lasten der unteren und mittleren Einkommen Konsumsteuern haben.

Manuela Weichelt: Bei den Krankenkassenprämien gibt es ja noch einen Spielraum für Verbilligungen, um

dritte Haushalt im Kanton Zug Prämienvverbilligung erhält, bringt etwas Wesentliches nicht zum Ausdruck. Dass nämlich jemand bereits mit einem Zuschuss von 170 Franken darunter läuft. Und was sind schon 170 Franken im Jahr?

Martin Stuber: Das Rechtsbürgertum will die Einkommenssteuer ja komplett abschaffen und die Steuerlast ganz auf die Mehrwertsteuer umlenken. Dann kommen die unteren Einkommensschichten an die Kasse, weil ja mit der Mehrwertsteuer der Zwangskonsum, das zum Leben Notwendige, besteuert wird. Ist das etwa gerecht?

Bulletin...und deshalb soll mit einer Kapitalgewinnsteuer eine neue Ein-

Bulletin: Stichwort Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit und Umverteilung der Arbeit. Oder ist die Arbeitslosigkeit mit den neuesten Zahlen kein Thema mehr?

Manuela Weichelt: Ich rege mich regelmässig über diese Statistiken auf, weil weder die Ausgesteuerten, noch die Frauen, die an den Herd zurückkehren müssen, darin erfasst werden. Für mich ist es klar, dass wir weiter mit vollen Kräften neue Arbeitszeitmodelle suchen müssen, die 36-Stunden-Woche-Initiative ist ein Ansatzpunkt.

Martin Stuber: Dass es keinen kollektiven Aufschrei gibt, wenn die Chemie einfach Tausende von Leuten auf die Strasse stellt, um die Gewinne massiv zu erhöhen und genau die gleiche Chemie aber gegen eine Genschutz-Initiative antritt mit der Behauptung, diese gefährde Arbeitsplätze - das gibt mir schon zu denken. Ich möchte den Wahlkampf auch dazu benutzen, um hinter die Fassade der sogenannten «freien» Marktwirtschaft zu leuchten.

Bulletin: Der Genschutz ist ja dank der Arbeit der Grünen und Linken ein permanentes Thema in den Medien.

Manuela Weichelt: Einerseits muss die Deklaration der Lebensmittel

INTERVIEW

verbessert werden, damit die KonsumentInnen entscheiden können, was sie kaufen wollen und was nicht. Der andere Bereich ist jener der Human-genetik, wo eine schwierige ethische Diskussion ansteht. Wie weit wollen wir Normmenschen heranzüchten und Behinderungen aus unserer Gesellschaft heraushalten? Wie weit soll dafür die pränatale Diagnostik gehen? Das führt hin zur Frage: was ist ein lebenswertes Leben?

Bulletin: Du hast damit zwei Risiken angesprochen, jenes des Genfood und jenes der Gentech-Medizin. Ein drittes Risiko stellen aber die Freisetzungsversuche dar. Sowohl das eidgenössische Forschungslabor wie auch die Wirtschaft bestehen darauf, dass man die Risiken genmanipulierter Nutzpflanzen erst eruiieren könne, wenn sie in der freien Natur getestet worden sind...

Manuela Weichelt: Das ist ein sehr gefährliches Argument. Unter dem Strich scheinen mir bei der ganzen Sache die Gewinne kleiner als die Gefahren, die daraus resultieren. Es gibt für mich zuviel Unbekannte darin, es ist höchst ungewiss, ob wir nach einer Freisetzung zurück können.

Martin Stuber: Schlimmer: es ist nicht ungewiss, sondern sicher, dass es dann kein Zurück mehr gäbe! Deshalb bin ich in dieser Frage ausnahmsweise ein Fundamentalist. Die Gentechnologie ist in ihrem Wesen eine unkontrollierbare Technologie. Die gute Nachricht ist, dass wir es uns leisten können, in dieser Frage fundamentalistisch zu sein. Die Menschheit braucht für die Lebensmittelversorgung die Gentechnologie nämlich gar nicht. Gerade die Schweiz mit ihrem weit vorangeschrittenen biologischen Landbau beweist, dass so die Lebensmittelproduktion langfristig effizient und nachhaltig gestaltet werden kann, sowohl ertragsmässig wie auch qua-

litativ. Übrigens: die belgischen Poulets sind genau nicht mit biologischen Methoden produziert worden, sondern industriell...

Bulletin: Warum kandidiert ihr? Wo ist der Kick?

Manuela Weichelt: Es beunruhigt mich sehr, dass wir die Schweiz trotz grossem Wohlstand als eine «suizidäre Gesellschaft» bezeichnen müssen, weil wir in allen Statistiken von Tabletten-, Alkohol- und Nikotinmissbrauch sehr weit vorne rangieren. Wir müssen diesen Fragen mehr Aufmerksamkeit schenken. Trotz unserem Wohlstand ist unsere Lebensqualität offenbar relativ, weil wir an Umweltbelastungen und vor allem an Stress leiden, und so keine Zeit mehr haben für Kinder, für alte Leute oder für Beziehungen. Diese Werte wieder zu diskutieren, ist mir ein Anliegen. Ich persönlich versuche auf verschiedenen Ebenen dagegen anzukämpfen. Zum Beispiel arbeite ich Teilzeit und baue immer wieder Sperrzeiten für mein Privatleben ein, ich treibe auch viel Sport. Und natürlich, indem ich mich politisch in diesen Fragen engagiere. Um diese Werte wieder einzubringen, scheint es mir sehr wichtig, dass unsere gemeinsame Liste mindestens einen Sitz macht. Wir haben mit diesen drei Personen eine ganz starke Nationalratsliste! Gut finde ich auch, dass Frauen zur Auswahl stehen. Und drittens und persönlich: mich interessiert der Nationalrat, und wenn es dieses Jahr nicht reicht, dann vielleicht später.

Bulletin: Stubi, du bist ja vor allem in der Stadt Zug bekannt. Wie versuchst du dich auf dem Berg und im Ennetsee zu verkaufen?

Martin Stuber: Ich bin nicht zu kaufen... Ich freue mich darauf, unseren Wahlkampf in die sogenannten Aus-sengemeinden zu tragen, die mir nicht völlig unbekannt sind: ich habe



Martin Stuber: «Als Nationalrat würde ich regelmässig in allen Gemeinden eine Art Bürgerforum abhalten, wo die Leute Gelegenheit hätten, «zum Stuber z'goh» und ihre Anliegen vorzubringen»

z.B. 10 Jahre in Neuheim gearbeitet. Zum Kick: Im Unterschied wohl zu fast allen anderen KandidatInnen würde ich bei einer Wahl mindestens 80 Prozent meiner Arbeitskraft in den Nationalrat investieren. Ich arbeite schon seit zehn Jahren Teilzeit, im Moment 60 Prozent. Mit dem Verdienst im Nationalrat könnte ich etwa auf gleichem Niveau weiterleben. Trotzdem würde ich aber noch mit einem Teilpensum im Informatikbereich bleiben, weil man unbedingt noch einen Realitätsbezug zur Arbeitswelt haben sollte. Und zweitens würde ich regelmässig in allen Gemeinden eine Art Bürgerforum abhalten, wo die Leute Gelegenheit hätten, «zum Stuber z'goh» und ihre Anliegen vorzubringen. Als Nationalrat möchte ich nämlich den Spruch: «Die in Bern machen ja doch, was sie wollen», nicht mehr hören! ■

Eine ungekürzte Version des Interviews findet sich im Internet : WWW.SGA-Zug.CH / NRW

Tomys Open-Air-Führer

Gerne hätte ich einen so wunderbaren Film wie «Todo sobre mi madre» von Pedro Almodovar vorgestellt. Der Redaktionsschluss war aber nicht auf meiner Seite. Das einzig Aktuelle, was ich bieten könnte, wäre eine Besprechung von «Notting Hill» mit Julia Roberts und Hugh Grant. Darum zu etwas ganz Anderem...

Von Thomas Ulrich

Noch nie war die Programmation des Open-Air-Kinos in Zug so schwierig (Programm s. letzte Seite). Das liegt daran, dass wir (ich und mein Vater) es uns schwierig gemacht haben. Filme, die schon mal am Open-Air gezeigt wurden, kamen nicht in Frage, d.h. keine sicheren Kassenschlager wie «The Full Monty», «Bridges of Madison County», «Titanic», «The English Patient» oder zum x-ten Mal «Il Postino». Besonders bitter war in dem Zusammenhang die Tatsache, dass wir letztes Jahr mit «La vita è bella» als Vorpremiere einen Flop landeten, der nun zum Hit geworden ist. Es ist eben schon so: «Was der Schweizer nicht kennt, frisst er auch nicht!»



Bilder vom letzten OpenAir: ausgekochte Kinofreaks lassen sich vom Regen...

Trotzreaktion

Egal. Wir ergriffen die Flucht nach vorn. Dieses Jahr gibt es in Zug eine Programmation, die sich deutlich von den anderen Open-Airs abhebt, wahrscheinlich nur schon dadurch, dass es das vielleicht einzige ohne «City of Angels» im Programm ist. (Den spielten wir schon letztes Jahr.)

Zu einigen Filmen brauche ich nichts mehr zu schreiben: «Todo sobre mi madre», «The Big Lebowski», «Central Station», «Analyze This», «Jackie Brown», «Shakespeare In Love» und «Waking Ned» sind alle zwischen sehr gut und sensationell anzusiedeln. «Notting Hill», «There's Something About Mary» und «Message In A Bottle» wurden aus rein kommerziellen Gedanken gewählt.

Unbekannt aber schmackhaft

Nun die Erläuterungen zum weniger bekannten Angebot. «Wild Wild West» soll neben «Star Wars» der Knüller im diesjährigen Sommerprogramm werden. Der Film sei ein Mix aus Bond-Parodie, Jules Verne, Western und Actionthriller (?!), gesehen hat ihn aber noch niemand, weil immer noch fieberhaft an der rechtzeitigen Fertigstellung gearbeitet wird.

Die zweite Vorpremiere wird der Australische Film «The Castle» sein, eine Komödie über eine Familie, die ihr Haus gegen die Ausbaupläne eines Flughafens verteidigt. Ein ebenso köstlich wie kleiner Film mit vielen originellen Ideen, der besten Szene, die je in einem Gerichtssaal spielte und vielen witzigen Dialogen. Der Streifen wurde mit einer Super-16mm-Kamera in nur 11 Tagen gedreht und wur-

de in Australien zum erfolgreichsten Film von 1997.

Die nach einer wahren Begebenheit erzählte Liebesgeschichte zwischen einer Hausfrau und einer jungen Jüdin im Berlin von 1943 erzählt «Aimée & Jaguar». Ein interessanter, wenn auch nicht rundum gelungener Film, der von den zwei hervorragenden Hauptdarstellerinnen Maria Schrader und Juliane Köhler getragen wird.

Ebenfalls eine Liebesgeschichte, aber in Form eines Märchens, erzählt «Great Expectations» mit Gwyneth Paltrow. Der Film ist an den Kinokassen total durchgefallen, und ich wurde schon dafür ausgelacht, dass diese «Videoproduktion» es ins Programm geschafft hat. Ich fand den Film einfach wunderschön und kann ihn, schönes Wetter vorausgesetzt, beden-

kenlos weiterempfehlen. Oder hätten sie lieber (noch einmal) «You've got mail» gesehen? Gäh!

Rasanter geht es in «The Negotiator» zu. Samuel L. Jackson arbeitet bei der Polizei als Spezialist für Geiselnahmevermittlungen. Als ihm ein Verbrechen untergeschoben wird, rastet er aus, besetzt eine Polizeistation und wird selbst zum Geiselnahmer. Er besteht darauf, nur mit seinem Arbeitskollegen, gespielt von Kevin Spacey, zu verhandeln, und es entbrennt ein verbissener Willenskampf.

Ebenfalls eine Vorpremiere wird «EDtv» sein. Ed Perkurny (Matthew McConaughey) wird vom Fernsehsender True TV als Star eines Programms auserkoren, das seinen Hauptdarsteller rund um die Uhr bei seinem Leben verfolgt. Eine souverän inszenierte Satire über das Medienzeitalter mit einem wie immer grandiosen Woody Harrelson.

Und weiter geht es mit Vorpremierem. «Cookie's Fortune» ist das neueste Werk von Regie-Altmeister Robert Altman. Der Film spielt in einer verschlafenen Gemeinde irgendwo am Mississippi, wo die Einwohner noch leben, als wäre das 19. Jh. nie zu Ende gegangen und als müsse Scarlett O'Hara um die nächste Ecke biegen. Eine wunderbar langsame Kleinstadtballade und Krimifarce, Sozialsatire und Studie über Liebe, Neid, Heuchelei und jenes sympathische Chaos, das die Welt zusammenhält.

Eben noch in Cannes zu sehen war «Beresina», der neueste Film vom Schweizer Regisseur Daniel Schmid. Auch dies eine Vorpremiere, die vorher nur in Locarno zu sein wird. Diese schwarze Komödie erzählt die Geschichte der schönen Irina, einem russischen Callgirl, das in ein märchenhaftes Alpenland gerät, an das sie bedingungslos zu glauben beginnt. Durch einen zwielichtigen Anwalt wird sie an einen wachsenden Kundenkreis von Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Militär und Medien vermittelt und gerät in ein für sie völlig undurchsichtiges Labyrinth von Interessengruppen. Als die Mächtigen genug von ihr haben und sie des Landes verwiesen werden soll, gerät der Film in die letzte Runde, in der Irina eine Kettenreaktion auslöst, die die letzten Tage der Schweiz zur Folge haben. Das amerikanische Branchenblatt Variety schreibt: «Leading Swiss helmer Daniel Schmid applies his wicked sense of humor to the fatherland in «Beresina or the Last Days of Switzerland, a rollicking sociopoliti-



...nicht die Laune verderben.

Bilder: Tomy Ulrich

cal farce that roasts just about everybody in a position of power.»

Den Abschluss wird der dritte Film aus der «Dogma 95»-Serie («Festen», «Idioten») machen. «Mifune» ist nicht nur der beste, sondern auch der zugänglichste aller Dogmafilme und erhielt am diesjährigen Filmfestival von Berlin den Silbernen Bären sowie den Publikumspreis.

Doppelprogramm

Eine Neuheit ist das Doppelprogramm, das es an drei Abenden geben wird: Zuerst stehen «The Castle» und anschliessend «The Big Lebowski» auf dem Programm, die zusammen für einen lustigen Abend garantieren. Mit Chaplins «The Circus» und Disneys «A Bug's Life» sind zwei Klassiker zu sehen, die nicht verschiedener sein könnten: Zuerst Stummfilm, dann voll computeranimiertes Kino. Ein Abend für jedes Alter. Der dritte Abend mit zwei Filmen bringt «Lola rennt», der soeben den Preis für den besten Film am Seattle Filmfestival abholte und danach «Rush Hour» (s. letztes Bulletin), die kurzweilige Actionkomödie mit Jackie Chan. ■

Programm Open-Air Kino Zug beim Hafen

21. Juli bis 15. August 1999

- 21.7. Notting Hill
- 22.7. CH-Vorpremiere: Wild Wild West
- 23.7. Todo Sobre Mi Madre
- 24.7. Doppelprogramm: CH-Vorpremiere The Castle, The Big Lebowski
- 25.7. A Walk on the Moon
- 26.7. Central Station
- 27.7. Aimée & Jaguar
- 28.7. Analyze This
- 29.7. Jackie Brown
- 30.7. Great Expectations
- 31.7. Doppelprogramm: Lola Rennt, Rush Hour
- 1.8. geschlossen
- 2.8. Hilary and Jackie
- 3.8. There's Something About Mary
- 4.8. Doppelprogramm: Charlie Chaplin's The Circus mit Live-Piano A Bug's Life
- 5.8. Shakespeare In Love
- 6.8. CH-Vorpremiere: The Negotiator
- 7.8. The Horse Whisperer
- 8.8. CH-Vorpremiere: EDtv
- 9.8. Brad Pitt Night by UBS
- 10.8. Waking Ned
- 11.8. CH-Vorpremiere: Cookie's Fortune
- 12.8. CH-Vorpremiere: Beresina (oder die letzten Tage der Schweiz)
- 13.8. Film nach Ansage: siehe Medien
- 14.8. Message In A Bottle
- 15.8. Mifune (Dogme 3)

Frauenstammtisch

Frauenkommentare zum enttäuschenden Ausgang der Abstimmung über die Einführung der Mutterschaftsversicherung am 13. Juni 1999, eingefangen von Natalie Chiodi

Maja: Menschenskind! Wie kann man so blöd sein und die Mutterschaftsversicherung ablehnen.

Nadja: Ich verstehe die Welt auch nicht mehr. Da verankern 1945 die stimmberechtigten Männer - und nur Männer - mit mehr als 75% diese Versicherung in der Bundesverfassung, und 54 Jahre später wird die Umsetzung noch immer abgelehnt mit Hilfe der Frauen. Die bilden ja schliesslich die Hälfte des Volkes. Da kommen mir ein paar böse Gedanken.

Anna: Auswandern!

Regula: Ja, ich wünsche mir, ich hätte meine Kinder in einem Land wie Schweden oder Norwegen zur Welt bringen können. Da bekommst du ein Jahr Elternurlaub, wahlweise Mutter-

ter oder Vater.

Maja: Und 80% des Lohnes!

Anna: Mir würde schon die Westschweiz reichen!

Sonja: Stimmt. Während sich gewisse Kreise Sorgen machen, die Schweiz sei zu attraktiv für einwanderungswillige Ausländer, kann ich nur den Kopf schütteln. Mit dieser MSV hätte man gar niemanden in dieses Land locken können.

Birgit: Offensichtlich haben aber genau diese Ängste, gezielt geschürt, Wirkung gezeigt.

Regula: Und nun wurde das Kind sozusagen mit dem Bade ausgeschüttet.

Birgit: Die Versicherung ging mir auch zu wenig weit. Vielleicht kommt jetzt ein Mutterschaftsschutz, der diesen Namen verdient.

Nadja: Bis du wahn-sinnig? Da musst du aber erst wieder jahrelang war-

ten!

Regula: Seit der letzten Abstimmung sind genau 15 Jahre vergangen. 1984 haben wir über einen viel weitgehenderen Mutterschaftsschutz abgestimmt mit Elternurlaub und Taggeld. Jetzt könnt ihr euch ja selber ausmalen, wie die nächste Vorlage aussieht, die dann im Jahre 2014 vielleicht einmal angenommen wird.

Nadja: Die Mutterschaftsversicherung beschränkt sich dereinst vielleicht auf das Recht, schwanger zu werden und Kinder zu kriegen.

Sonja: Diese Abstimmung bringt es an den Tag. Invalide Personen und Drogenabhängige geniessen in der Schweiz eine grössere Akzeptanz als schwangere Frauen und Mütter.

Birgit: Nur die Ausländerinnen stehen noch schlechter da! ■

Coaching brings!

Das Verhältnis Kapo/Stapo, die Verkehrs- und Raumplanung, die Fachhochschule Wirtschaftskriminalistik und die Gewaltenteilungsdebatte zwischen Justiz und Kantonsrat, aber auch die Nationalratswahlen und die neue Alternative Fraktion haben Hanspeter Uster in letzter Zeit beschäftigt.

Von Hanspeter Uster

Endlich: über ein Jahr nach der Einsetzung von Iwan Rickenbacher als Coach von Hans Christen und mir präsentierten wir an einem gemeinsamen Korpsrapport den Zwischenbericht zum weiteren Vorgehen Kantons- und Stadtpolizei. Um den Sicherheitsstandard für die gesamte Bevölkerung in Kanton und Stadt auch künftig hoch halten zu können, braucht es eine Bündelung der Polizeikräfte im Kanton Zug unter einer einheitlichen politischen und taktischen Führung. Genau so wichtig ist aber die Berücksichtigung der zentralörtlichen Stellung der Stadt. Erste Schritte sind eine einzige Einsatzzentrale und ein gemeinsamer Nachtdienst, beides unter Führung der Kantonspolizei und unter Einbezug von Kräften der Stadtpolizei. Weiter soll es nur noch einen Posten Zug geben unter Führung der Stadt; der dafür Verantwortliche ist in die Führungsstruktur der Kantonspolizei eingebunden. Dasselbe gilt auch für den noch zu wählenden Kommandanten der Stadtpolizei. Der nun eingeschlagene Weg ist richtig, weil er den Gefühlen der Beteiligten gerecht wird, weil Arbeitsplatzabbau ausdrücklich kein Ziel ist und weil die gemeinsame Absicht klar und eindeutig formuliert ist.

Verkehrspolitik quo vadis?

Etwas steiniger ist der Weg zu einer kantonalen Verkehrspolitik. Nachdem es gelungen war, die Gemeinden und den Kanton an einen Tisch zu bekommen und von der Fixierung auf

die nie realisierbare Umfahrung Zug-Baar (UZB) wegzukommen, nutzte der neue Baudirektor die von ihm verordnete Denkpause für die Erarbeitung zweier Strassenbauprojekte, die noch tief in den siebziger Jahren verankert sind. Die beiden anderen Mitglieder der regierungsrätlichen Verkehrsdelegation (Robert Bisig und ich) wurden erst einen Tag vor den Gemeinden über Tandem 1 und 2 orientiert. Dennoch beantragten wir den Gemeinden, die bereits auf Konzeptstufe erarbeiteten Flachsmann'schen Projekte genau wie die mit den Gemeinden erarbeiteten sechs Szenarien durchzurechnen und zu überprüfen. Die Gemeinden erachteten aber in ihrer Mehrheit Tandem 1 und 2 als politisch nicht realisierbar und lehnten eine Weiterbearbeitung ab. Noch vor den Sommerferien werden deshalb nun der "Behördendelegation Regionalverkehr", bestehend aus der regierungsrätlichen Verkehrsdelegation und 14 Gemeindevertretern, die Ergebnisse der Berechnungen präsentiert.

Fachhochschule, Flüchtlinge, Alternative

Einen grossen Schritt weiter bin ich mit der Fachhochschule Wirtschaftskriminalistik: die Projektphase läuft und ist finanziert, wenn alles gut geht, werden die ersten Kurse im Frühsommer 2001 angeboten. In der Asylpolitik war unser Kanton im letzten November noch ziemlich isoliert, als wir uns für die Aufnahme von Kosovo-Flüchtlingen bei ihren Verwandten eingesetzt hatten. Im April hat dann die Mehrheit der anderen Kantone diese sinnvolle und menschliche Unterbringungsform befürwortet...

Im Kantonsrat ist das Klima rauer geworden; um so wichtiger, dass wir es gut haben in der grösser gewordenen Alternativen Fraktion. Mit den sehr positiv aufgenommenen Kandidaturen von Manuela Weichelt und Martin Stuber auf der gemeinsamen Nationalratsliste mit Armin Jans wird sich die Zusammenarbeit zwischen SGA und Alternativen weiter vertiefen. Die Alternativen sind im Kommen! ■



Die Stapo wird unter neuer Kommandantur auf «Vorderkamm» gebracht...

Bild: Brigitte Weiss

Im Strassengraben?

Ein Kompliment hat der neue Baudirektor Flachsmann verdient: Unfreiwillig zwar, dafür mit grossem Erfolg hat er die Verkehrsdiskussion im Kanton Zug mit seinen 60er-Jahr-Strassenbauplänen wieder lanciert. Das SGA-Bulletin nutzt die Gelegenheit zu einer Standortbestimmung und wagt einen Blick in die Zukunft.

Von Martin Stuber, SGA-Gemeinderat in Zug

Angefangen hat es eigentlich an einem denkwürdigen Podiumsgespräch im Casino in Zug, im Frühsommer 1990. Auf dem Höhepunkt der Kampagne um den Projektierungskredit für die damals so bezeichnete Ost-West-Verbindung (eine untertunnelte Variante der vormals vom Souverän abgelehnten Gutschrankabfahrt) trafen Baudirektor Twerenbold und sein Experte Büchi auf den SP-Kantonsrat Armin Jans und den Schreibenden.

Mit akribischer Genauigkeit und in aller Unschuld rechnete der politische Nobody Stuber dem Baudirektor und seinem Fachmann vor, dass im Stadtkern von Zug (vom Kolinplatz bis südlich Metallzentrum) nur gerade ein Drittel der Autos Durchgangsverkehr sind. Die Berechnungen basierten nicht etwa auf selbsterfundenen Zahlen, sondern auf offiziellen Verkehrszählungen, die sich Stuber bei den Behörden besorgt hatte. Obwohl es offensichtlich war, dass die Baudirektion ihre Hausaufgaben nicht gemacht hatte - die Zahlen konnten nicht widerlegt werden! - ging die Abstimmung dann doch verloren, das Volk stimmte dem Projektierungskredit zu. In der Stadt Zug zeitigte die Gegenkampagne allerdings Wirkung, dort war die Vorlage nur mit einem Zufallsmehr von ein paar Stimmen angenommen worden.

Teurer Flop

Die Zustimmung kostete die SteuerzahlerInnen schliesslich über 20

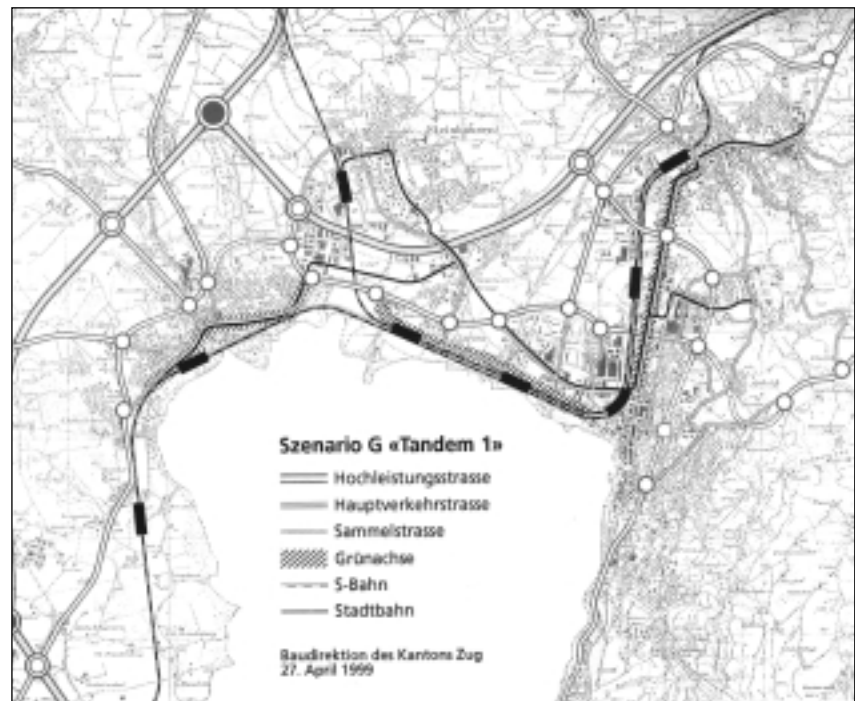
Mio. Franken an buchstäblich verlockten Planungsausgaben, denn das später ins Kürzel UZB (Umfahrungen Zug-Baar) umgetaufte Mammutprojekt wurde noch vor dem «going public» sistiert.

Und das kam so: Erst wurden Twerenbolds Löcher (die UZB besteht v.a. aus Tunnels) immer teurer. Dann kam die Wirtschaftskrise, und die Skepsis bezüglich Finanzierbarkeit wurde immer grösser. Schliesslich begann die Stadt Zug, wo die Zweifel am Sinn der UZB am weitesten fortgeschritten waren, an einem eigenen Verkehrskonzept zu arbeiten.

Die Gemeinden bewegen sich

Die UZB konnte ja nur projiziert werden, weil die hauptbetroffenen Gemeinden (Zug, Baar, Cham, Steinhausen) den Kanton hatten machen lassen.

Als dann aber Zug 1994 in einer eigenen Vorstudie zum Schluss kam, dass der Verkehr hausgemacht sei (nur gerade 4% sind im gesamten Stadtgebiet Durchgangsverkehr), war der Bann gebrochen. In einem Mitwirkungsverfahren entwickelte der Kantonshauptort ein eigenes Verkehrskonzept und verglich es mit den UZB. Das Resultat war eindeu-



Die letzten grünen Naherholungsbereiche mit neuen Strassen zupflastern - die sehr originelle Idee von Baudir. J.P. Flachsmann

tig. Die UZB schnitt im direkten Kosten-Nutzen-Vergleich mit einer kurzen Kernumfahrung mit Anschluss Ägeristrasse sowie allerlei flankierenden Massnahmen schlecht ab.

Nachdem die Stadt dann basierend auf dieser Planungsstudie in einem zweiten Mitwirkungsverfahren die Machbarkeit ihrer Pläne abzuklären begann und zusammen mit Baar, Steinhausen und den Ennetseegemeinden eine regionale Verkehrsstrategie ohne UZB formulierte, war es um Tweris Lieblingskind geschehen. Noch bevor das Projekt veröffentlicht wurde (zu einer Planaufflage kam es gar nicht mehr), sissitierte 1997 der Gesamtratsrat die UZB.

Und dann noch die Stadtbahn

Zumal in der Zwischenzeit in der Küche der Volkswirtschaftsdirektion eine Idee ausgebrütet worden war, die es in sich hatte: die Stadtbahn. Eine erste Machbarkeitsstudie erbrachte positive Resultate und die anstehenden, einschneidenden Änderungen der Spielregeln im schieneengebundenen Verkehr rückten die Realisierung einer solchen Bahn plötzlich in Griffnähe. Niemand brauchte Nationalökonomie studiert zu haben, um sofort zu sehen, dass UZB und Stadtbahn erst recht nicht zu finanzieren waren.

Der Ratsrat sissitierte aber nicht nur, er wählte auch eine Verkehrsdelegation, die aus Baudirektor Twerenbold, Volkswirtschaftsdirektor Bisig und Justiz- und Polizeidirektor Uster bestand.

Sich vom erfolgreichen Vorgehen der Stadt Zug leitend, wurde zur Erarbeitung des neuen Verkehrsrichtplanes ein Mitwirkungsverfahren auf die Beine gestellt, in dem die Gemeinden und Fachgruppen (TCS, ACS, VCS und Velobby) vertreten sind.

Sechs Szenarien

In diesem etwas schwerfälligen Verfahren sind sechs Szenarien erarbeitet worden, deren Auswirkungen nun anhand des bestehenden Verkehrsmodells gerechnet werden (wir werden in der nächsten Nummer des Bulletins darauf zurückkommen). Die Resultate dieser Berechnungen hätten eigentlich im April schon diskutiert werden sollen. Inzwischen war aber eine einschneidende Änderung zu verzeichnen: Twerenbold wurde anfangs Jahr von Flachsmann als Baudirektor abgelöst. Der neue SVP-Regierungsrat liess klammheimlich von einem persönlich handverlesenen «Experten»-Stab innert weniger Wochen zwei weitere Szenarien erarbeiten, auf Staatskosten notabene. «Tandem 1» und «Tandem 2» sind ganz dem Denken der 60er-Jahre verpflichtet und berücksichtigen die wesentlichen Erkenntnisse der Stadtzug Analysen nicht.

Hinein in die Stadt...

Denn an einer grundlegenden Tatsache kommt einfach niemand vorbei: Die Autos wollen in die Stadt hinein oder fahren innerhalb der Stadt herum. Nur eine kleine Minderheit sucht den Weg durch die Stadt, von Oberägeri etwa nach Cham, oder von Walchwil nach Steinhausen. Und ein zweiter grundlegender Faktor ist, dass die grossräumige Umfahrung in Form der A4 ja schon seit bald 25 Jahren besteht. Wer nur an neuen Strassen herumbastelt, macht im Grunde genommen nichts anderes, als sich zu überlegen, auf welchem Weg die Stadt Zug besser mit Autos aufgefüllt und wieder geleert werden kann.

...und was dann?

Genau daran krankt auch das Verkehrskonzept einer Arbeitsgruppe

Tandem mit zwei Platten

Die erwartete Abfuhr holte sich Baudirektor Flachsmann mit seinen beiden Tandem-Vorschlägen in der Sitzung mit den gemeindlichen Bauchefs. Der Gesamtratsrat hatte den Entscheid über die Weiterverfolgung der Pläne an dieses Gremium abgeschoben. Dort lehnte am 11. Juni eine Mehrheit die Weiterbearbeitung ab.

Wieviel an den Gerüchten dran ist, dass nun die SVP und der ACS die beiden Tandemvarianten - oder nur eine - nun via Volksinitiative lancieren werden, ist zurzeit schwer zu sagen. Weniger prophetische Gaben braucht es, um das Abstimmungsresultat dafür vorauszusehen...

der FDP, das keine Antwort auf die Frage hat, was mit dem Verkehr in der Stadt Zug passieren soll. Das FDP-Papier will neue Einfallsachsen schaffen und eine neue Durchgangssachse Ost-West mit unterirdischer Gutschrankabfahrt bauen. Um die Problematik der verkehrsmässigen Überlastung des Stadtkerns und um den Verkehr von Süden (der zahlenmässig gleich gross ist wie der Verkehr vom Berg) kümmert sich das FDP-Konzept nicht.

Bausteine für gute Lösungen

Unsere Position knüpft aber genau an dieser Frage an. Vier grundsätzliche Überlegungen dienen als Ausgangspunkt:

1. Die Innenstadt muss wirksam entlastet werden. Ein individualverkehrsarmer Bereich vom Casino bis zum Bundesplatz mit vier attrakti-

ven Plätzen (Casino-, Kolin-, Post- und Bundesplatz) kann geschaffen werden, wenn mit einem Minitunnel mit Anschluss Ägeristrasse eine Kernumfahrung realisiert werden kann. Mit baulichen Massnahmen, einem moderaten Parkplatzabbau (z.B. auf dem Postplatz), konsequentem Langsamverkehr und v.a. einer Erschliessung durch die Stadtbahn (Haltestelle Postplatz, Schlaufe Bundesplatz in einer weiteren Etappe) kann der Ziel-Quellverkehr in diesem Bereich auf ein erträgliches Mass reduziert werden, ohne die Innenstadt mit einem Riegel zu zerschneiden, wie es die UZB vorgesehen hatte.

2. Änderungen der Erschliessung sind punktuell sinnvoll

Wir denken hier in erster Linie an die neue nördliche Zufahrt zum

Stadtbahn kommt!

So sieht der offizielle Fahrplan für die erste Etappe der Stadtbahn aus:

- 1994:** Bedarfsnachweis für ein neues öV-Verkehrssystem
- 1996:** Machbarkeitsstudie
- 1997:** Projektierungskredit für Vorprojekt 1. Etappe
- 1998:** Etappierungsuntersuchung und Evaluation 1. Etappe
- 1999:** Vorprojekt 1. Etappe (2. Hälfte 1999)
- 2000:** Rahmenkredit für Bauprojekt und Bau der 1. Etappe
- 2001:** Bauprojekt
- 2002:** Plangenehmigungsverfahren Bund
- 2003:** Bau
- 2004:** Eröffnung der 1. Etappe.

wichtigsten Wachstumsbereich in der Stadt: dem Areal entlang der Bahnlinie nördlich des Bahnhofes und dem L&G-Areal. Allerdings muss diese neue Strasse so gelegt werden, dass sie die grüne Lunge der Lorzeebene höchstens am Rande touchiert. Eine Konzentration der Immissionsträger ist in diesem Gebiet das Gebot der Stunde.

Was eine Verlängerung der General-Guisan-Strasse Richtung Halbanschluss Ammansomatt betrifft, sind wir äusserst skeptisch. Die Untertunnelung dieser Strasse ab Ende Gubelstrasse, wie es der FDP-Vorschlag vorsieht, ist technisch (Lorzequerung) und finanziell unrealistisch, eine oberirdische Variante verlagert einfach die Probleme von der Chamerstrasse auf die General-Guisan-Strasse, mithin von einem Wohnquartier in ein anderes. Zudem ist die Bewilligung des Bundes für einen Halbanschluss Ammansomatt mehr als unsicher. Noch wichtiger ist allerdings ein anderes Argument: Diese neue Strassenführung stünde in direkter Konkurrenz zur zweiten oder dritten Etappe der Stadtbahn, die höchstwahrscheinlich die breite General-Guisan-Strasse nutzen wird, um die Riedmatt und Steinhausen zu erschliessen. Das stellt übrigens explizit auch der Schlussbericht zur Planungsstudie Stadtverkehr auf S. 13 fest.

Weniger weit fortgeschritten sind die Planungen bezüglich bergseitigem Verkehr. Hier wird angesichts der vergleichsweise kleinen Verkehrsvolumen (9000 Autos pro Tag Richtung Zug) eine rigorose Kosten-Nutzen-Abwägung nötig sein - finanziell wie landschaftlich. Lohnt sich ein neue, aufwendige Verbindung Talacher - Baarermatt mit Anschluss an die A4 wirklich? Die Wunschlinien der Pendler führen nämlich auch hier grossmehrheitlich in die Städte Zug und Baar, nicht auf die Autobahn.



Ist das schon die Einfahrt zum geplanten Minitunnel? Bild: Brigitte Weiss

3. Die Siedlungspolitik muss auf eine Verkürzung der Wege zwischen Arbeit, Wohnen und Freizeit ausgerichtet werden.

Auch wenn sich an der Tatsache, dass die Stadt Zug Zentrumsfunktion bezüglich Arbeit und Freizeit hat, grundlegend wenig ändern lassen wird, so sind hier schon graduelle Fortschritte wertvoll. Wir denken hier v.a. an das Entwicklungsgebiet Zug-Nord, das mit konsequenter Mischnutzung einen Beitrag leisten könnte. Leider schwächt das neue Planungs- und Baugesetz die Eingriffsmöglichkeiten des Kantons und der Gemeinden diesbezüglich teilweise empfindlich.

4. Die Umverlagerung der Verkehrsträger muss konsequent angepackt werden.

Solange gegen 30'000 Autos täg-

Das Kreuz mit den Kreuzungen

Die Kreuzung Baarerstrasse /Weststrasse mit ihren täglichen Rückstaus der Abbieger zur Autobahn zeigt, dass auch einfache Lösungen Sinn machen würden. Wieso wird die Kreuzung nicht umgebaut in dem Sinne, dass als Hauptrichtung der Verkehr zur Autobahn geführt wird und der Abbieger für den Verkehr nördlich zuständig ist? Damit könnten die Rückstaus verhindert werden, und es würde mehr Verkehr auf die Umfahrung des Baarer Stadtkerns umgeleitet.

Ein weiteres Beispiel: Weshalb wird bei der stauanfälligen Kreuzung Feld-/Baarerstrasse kein Kreisell gebaut? Platz ist genug da.

lich von Westen her und 25'000 Autos von Norden her Richtung Zug zirkulieren, laufen alle Pläne auf ein unfruchtbares Nullsummenspiel heraus. Offenbar ist die Bereitschaft zum Umdenken immer noch viel zu klein. Dabei hätten wir gar nicht so schlechte Voraussetzungen: Die Perspektiven für ein modernes, leistungsfähiges Nahverkehrssystem sind gut, das Geld dafür vorhanden. Die Lorzenebene ist topographisch geeignet für Velos. Es gibt einige grosse Arbeitgeber, die Vorbildfunktion übernehmen könnten. Über das Wie können - und sollen! - wir uns getrost etwas streiten, solange das Ziel anerkannt wird. Was es braucht, ist eine gemeinsame, koordinierte, auf Langfristigkeit ausgelegte Anstrengung aller betroffenen Kreise, die neue Wege sucht und Sachen auch mal ausprobiert.

Halbierung machbar

Und was auch nötig ist: eine ande-

Überlastete A4

Ein bisher totgeschwiegenes Problem stellt die A4 im Raum Ennetsee dar, wenn die A4 durchs Säuliamt dereinst doch noch eröffnet werden sollte. Auf dem Abschnitt Blegi wird die A4 nämlich dann in kürzester Zeit heillos überlastet sein, wie aufgrund von Modellrechnungen schon heute bekannt ist. Das würde heissen, dass ein Teil der Umfahrungsfunktion dieser Autobahn v.a. für Cham verloren gehen wird und dort die Probleme spürbar verschärft würden.

Auch dieses Beispiel zeigt: Ohne umfassende Anstrengungen zur Verkehrsumlagerung taumelt die Verkehrspolitik einfach von einem Problem zum anderen.

re Verkehrspolitik des Bundes. In der Öffentlichkeit bisher noch fast nicht zu Kenntnis genommen, hat der Bund nämlich vor zwei Jahren eine Studie erarbeiten lassen, welche als Grundlagenbericht zur Verkehrshalbierungsinitiative (die nächstes Jahr zur Abstimmung kommen wird) diene. Die wichtigste Schlussfolgerung dieser Studie: eine Halbierung des motorisierten Individualverkehrs (bezogen auf Fahrzeugkilometer pro Jahr) ist mit den Vorschlägen der Initianten grundsätzlich machbar, allerdings kaum innert der vorgesehenen Frist von zehn Jahren. Wichtig zu wissen: die Initianten sehen keine Verbote vor, sondern einen Strauss verschiedenster Massnahmen. Die wichtigste ist die Kombinierung eines substantiellen Ökobonus mit flächendeckendem Carsharing. Die Umsetzung der Initiative würde der Schweiz einen Modernisierungsschub geben (oder abverlangen, je nach Sichtweise), die weltweiten Vorbildcharakter be-

Die Obersparer im Kantonsrat

Wer sind die grössten Sparer im Land? Natürlich, die bürgerlichen Parteien - mindestens gemäss eigener Rhetorik. Leider ist es nicht möglich, auf die Million genau auszurechnen, was die Unfähigkeit des bürgerlich dominierten Kantonsrates, Twerenbold mit seiner UZB rechtzeitig zu bremsen, den Kanton gekostet hat. Die nach 1994 unnötig ausgegebenen Planungskosten dürften im zweistelligen Millionenbereich liegen. Von dieser Kritik ausgenommen werden muss der Präsident der Staatswirtschaftskommission Toni Gügler, der 1995 mit seiner Motion «Denkpause» knapp unterlag.

kommen könnte.

Nicht vergessen dürfen wir dabei eine ideale ökonomische Grundvoraussetzung der Schweizer Wirtschaft: Die Autoindustrie ist unbedeutend, während der Bereich moderne Nahverkehrssysteme kein unwichtiger Sektor der Industrie darstellt. Hier würden sich mittel- bis längerfristig enorme Exportpotentiale nicht nur innerhalb Europas auftun. ■

Hinweise

- Die zurzeit laufende Verkehrsdiskussion ist auf dem Internet umfassend dokumentiert unter www.sga-zug.ch/sga_kant/verkehr

Dort sind exklusiv auch die Karten der sechs Szenarien sowie von Tandem 1 und Tandem 2 zu finden.

- An der Nominationsversammlung der Alternativen für die Nationalratswahlen vom 28. Juni wird das Thema Verkehr ebenfalls ausführlich behandelt => siehe Veranstaltungskalender

Herausgefordert und magisch angezogen

Es war mir schon zu meiner Zeit als Kandidatin bewusst, dass die Alternative Fraktion grosse Forderungen an die einzelnen Mitglieder stellt. Jede Person ist hier nötig. Und das gefällt mir, ich fühle mich wohl. Gerade die Arbeit in den Kommissionen erlebe ich sehr intensiv. Hier ein kleiner Einblick.

Anna Lustenberger, Kantonsrätin Alternative Fraktion Baar

Parlamentsreform

Grundsätzlich geht es dabei um die Oberaufsicht des Kantonsrates. Gemäss alt Landschreiber Hans Windlin ist das Parlament nicht mehr in der Lage, politische Prozesse aus eigener Kraft zu steuern und zu überwachen. Mit der Parlamentsreform soll dies verbessert werden. Einen Grundsatz von Hanspeter Uster werde ich mir dabei vor Augen halten: «Jeder Mensch hat das Recht, auf Grund seiner persönlichen Ressourcen Einsitz und Einfluss in einem Parlament zu haben.» Kommissionspräsident Joachim Eder hat Angst, dass sich die Arbeit auf Jahre ausdehnen könnte, weshalb er bis Dezember schon einige Sitzungstermine festgelegt hat. Ob diesem Tempo wohl alle folgen können? Die Staatskanzlei jedenfalls leidet bereits beim «courant normal» unter der Stellenplafonierung (Interpellation Jo Lang). So wird das Protokoll jetzt nicht mehr von Protokollführer Felix Renner geschrieben, sondern extern vergeben. Schade, ich habe die kritischen Bemerkungen von Felix Renner jedesmal sehr geschätzt.

Wasserbau und Gewässerschutz

Ebenfalls ein ganz neues Gebiet für mich. Wir haben das neue Gewässergesetz beraten, welches dem eidgenössischen Gesetz angepasst werden muss. Jeannette Bruckbach (SP Cham), Anne Ithen (AF/Gleis 3 Risch) und ich sind die einzigen

Frauen. Stark vertreten sind hingegen die Bauern und das Baugewerbe. Um das ganze Gesetz überhaupt etwas kritisch betrachten zu können, vertiefte ich mich in die Vernehmlassungen der Umweltverbände und der SGA. Bald hatte ich aber das Gefühl, dass wir eher einzelne Punkte verteidigen mussten, denn neue Ideen von uns hatten im Gesetzesentwurf schon gar keinen Platz. Sehr zu denken gab mir, als Marcel Meyer (CVP Oberägeri) bei einem Titel den Begriff «Renaturierung» nicht wollte und die Mehrheit seinem Wunsch folgte. Überhaupt fand er, man könne mit dem eidgenössischen Gesetz etwas lockerer umgehen, andere Kantone machten dies auch. Ich erfuhr dann, dass Marcel Meyer ein Sanitärgeschäft habe. Aha! Kurz darauf wurde die Motion von Louis Suter eingereicht, in welcher er die Reussdammsanierung bei Hünenberg in Frage stellt. Gutes Kulturland gehe dabei verloren und die Aargauer würden auf der anderen Seite schon einiges an Renaturierung betreiben, dies reiche doch. Lieber die anderen, nur nicht wir...

Ladenöffnungszeiten im Dezember

Nach dem Willen der mit diesem Geschäft betrauten Kommission können die Verkaufsgeschäfte noch in unserem Kanton dieses Jahr an zwei Sonntagen öffnen. Weil der Regierungsrat ein entsprechendes Bedürfnis in der Bevölkerung ausgemacht hat, hat er ein «Schnellzugs-

verfahren» gewählt. Deshalb will man der Bevölkerung unbedingt bereits im Dezember die neue Möglichkeit des Einkaufens anbieten. Meines Erachtens wurde dieses angebliche Bedürfnis vom Verkaufsgewerbe erst geweckt. Ich finde es vor allem schlimm, wie Kinder als Werbeziel missbraucht werden: Jetzt schon sehe ich die weihnächtlichen Gestalten, welche an diesen Sonntagen die Kinder speziell beschenken, vor mir. Diese Meinung habe ich auch vertreten. Für Ruth und mich war es auch klar, dass wir einer zusätzlichen Öffnung der Geschäfte nur zustimmen, wenn die Anstellungsverträge des Verkaufspersonals verbessert würden. Die genannten Bedenken sind zwar bei vielen Kantonsräten auf grosses Verständnis gestossen. Aber man müsse dies auf einem anderen Weg lösen. Auf welchem? In der kommenden Kantonsratssitzung werden wir uns auf jeden Fall zu den genannten Anliegen und Bedenken äussern.

Anliegen Familienpolitik

Als Familienfrau ist mir Familienpolitik besonders wichtig. Seit Jahren setzte ich mich für familienergänzende Betreuungsmöglichkeiten ein. Am Tag der Frau 1999 hat die Arbeitsgemeinschaft Frauen 2001 das Tessiner Schulmodell vorgestellt. Dies hat mich bewogen, am 30. März eine entsprechende Interpellation einzureichen: Der Kanton Tessin betreibt seit 150 Jahren mit geringem finanziellen Aufwand Ta-



Sybilla Schmid Bollinger und Anna Lustenberger während der Kampagne zur Mutterschaftsversicherung - die Alten haben trotzdem Nein gestimmt...

geskindergärten samt Mittagstisch ab drei Jahren. Schulkinder haben in der Dopuscuola nach Schulschluss die Möglichkeit, die Schulaufgaben unter Aufsicht zu erledigen. Auch sie können am Mittagstisch teilnehmen. Ein Kind, welches mit drei Jahren bereits die «scuola dell'infanzia» besucht, gilt bei der Bevölkerung als «bravo/brava» und die Eltern bekommen Anerkennung. Der Kanton Tessin sieht vor allem grosse pädagogische Vorteile in diesem System. Nicht die Familie ist in der Kantonsverfassung verankert, sondern das Kind: die Gesellschaft muss zu den Kindern Sorge tragen. Natürlich erhalten auch Eltern eine viel

grössere Flexibilität in der Tagesgestaltung. Hier bei uns im Kanton Zug fassen familienergänzende Betreuungsstätten zum Glück immer mehr Fuss. Ein sehr grosser Teil unserer Bevölkerung denkt dabei aber immer noch an die Kinder alleinerziehender Eltern, Kinder aus «ärmeren Familien», wo auch die Mutter arbeiten muss, und Kinder «fauler Mütter»(!) Wie wichtig solche Orte auch für unsere Kinder wären, wird nicht erkannt. Orte, wo soziales Verhalten so früh als möglich gelernt werden kann, sind für mich dringend notwendig, vor allem für unsere heutigen Kleinfamilien. Vom Regierungsrat möchte ich wissen, was

er vom Tessiner System hält und wie es sich auf den Kanton Zug übertragen liesse. Ich bin gespannt auf seine Antwort. Alle Schulgemeinden sind eingeladen, zu dieser Interpellation Stellung zu nehmen.

Pädagogische Lücken

Als Sozialpädagogin werde ich hellhörig, wenn Menschen mit physischen oder psychischen Behinderungen mit unserer Gesellschaft Probleme bekommen. Mitte April reichte ich daher eine zweite Interpellation betreffend heilpädagogisch geführte Sonderklassen für normalbegabte SchülerInnen in der Oberstufe ein. Ich beschrieb die schwierige Suche einer Mutter nach einer geeigneten Schule für ihren Sohn, welcher die Primarschule in einer Sonderschule besucht. Für OberstufenschülerInnen, welche weiterhin auch pädagogisch und psychologisch betreut werden sollten, fehlt, vor allem nach der Schliessung der Internatsschule Walterswil, eine kantonsinterne Möglichkeit. In einer meiner Fragen wollte ich daher wissen, ob der Kanton bestrebt ist, diese Lücke zu füllen. Die Antwort des Regierungsrates war nur teilweise befriedigend. Weil aber das ganze Oberstufensystem im Umbruch ist, möchte ich im Moment nichts Weiteres unternehmen. Trotzdem, die Auseinandersetzung mit den Sonderschulen in unserem Kanton war intensiv und spannend. Ich war sehr überrascht und bewegt über das Echo, welches diese Interpellation bei betroffenen Eltern auslöste. Ein Vater schrieb mir in einer Dankeskarte: «Sie haben mit Ihrer Interpellation ein echtes Manko in der zugerischen Schullandschaft öffentlich zur Diskussion gestellt.» Solche menschliche Zeichen tun gut, sie verpflichten aber auch, dass wir uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen. ■

Ein Vorwand zur NATO-Legitimation

Die Menschenrechte waren nicht der Grund, aber ein Vorwand für den Bombenkrieg. Das Hauptziel der Drohungen und Luftschläge war es, die Rolle der NATO als Weltpolizist zu festigen.

Josef Lang, GSoA-Mitglied

Am Ende des Kosovo-Krieges steht fest: Die humanitäre Katastrophe hat sich unter den KosovarInnen vervielfacht und auf die serbische Mehr- und die ungarische Minderheit ausgeweitet. Kosovo ist flächendeckend zerstört, primär durch den serbischen Terror, sekundär durch die NATO-Bomben und tertiär durch die UCK (ähnlich wie die PKK eine Organisation stalinistischen Ursprungs und Charakters). Serbien ist stark verwüstet und um Jahrzehnte zurückgeworfen. Im Kosovo und in Serbien wurden die freiheitlicheren und friedlicheren Optionen wie die Demokratische Liga Rugovas bzw.

die serbische Demokratiebewegung entscheidend geschwächt. Montenegro, Mazedonien und Albanien sind destabilisiert, die Nachbarländer Kroatien und Ungarn ökonomisch angeschlagen.

Die Kosten

Weltweit haben die konservativ-nationalistischen Kräfte Rückenwind bekommen, vor allem in Russland und China, aber auch in Indien und Pakistan. Diese sehen sich in ihren Atombemühungen bestätigt. Der NATO-Krieg hat nicht nur den Balkan, sondern ganze Kontinente

instabiler gemacht. In der kleinen Schweiz drückt sich diese durch den Krieg beförderte Regression in einer Stärkung der SVP aus. Die Partei kann von der Aufwertung repressiver «Lösungs»-Muster und der dadurch verschärften Flüchtlingstragödie profitieren.

Vergessen wir nicht die ökologischen und ökonomischen Kosten des Krieges. Die Zerstörung von Erdölraffinerien setzte giftige Schwaden frei, die Bombardierung von Chemiefabriken verschmutzte die Gewässer, Grafitbomben verbreiteten krebserregende Staubpartikel, Geschosse mit einer Umhüllung aus an-



Treibende Kräfte hinter den NATO-Bombardierungen: die beiden Sozialdemokraten Tony Blair und Javier Solana

Bild: www.nato.int

KRIEG AUF DEM BALKAN

gereichertem Uran verseuchen die Umwelt mit Radioaktivität. Die 100 Millionen Franken, welche die NATO während zweieinhalb Monaten täglich für die Bombardierung Jugoslawiens ausgab, hätten ausgereicht, in der gleichen Zeit 77 Millionen Menschen zu ernähren.

Kein Jubiläumsgeschenk

Es wäre falsch, den USA vorzuwerfen, sie hätten einen solchen Krieg gewollt. Sie haben ihn bloss in Kauf genommen, und zwar seit letztem Herbst. Ihr Ziel war ein anderes: die NATO an deren 50. Geburtstag Mitte April 1999 mit einem Erfolg gegen den Kriegsverbrecher Milosevic als Weltpolizist zu feiern lassen. Sie glaubten, dies mit blossen Drohungen und notfalls mit ein paar Tagen Luftkrieg zu erreichen. Damit hätte die NATO Fragen nach ihrer Existenzberechtigung neun Jahre nach der Auflösung des Warschauer Paktes endgültig erledigen können. Wie wichtig den verantwortlichen PolitikerInnen ein solches Jubiläumsgeschenk war, illustriert die Kritik des Schriftstellers und ehemaligen Jetpiloten der Royal Air Force, Frederick Forsyth: «Sie lehnten es ab, sechzig Tage zu warten, bis klares Wetter einkehren würde.» (Süddeutsche Zeitung, 3.5.1999)

Helmut Schmidt, der ehemalige Bundeskanzler, unterschiebt den USA, sie wollten sich mit der NATO «als globaler Friedensrichter und -macher» durchsetzen. Die «amerikanische Regierung» sehe «in den bisherigen Vorgängen auf dem Boden des alten Jugoslawiens ein positives Präjudiz für zukünftige Fälle in anderen Teilen der Welt.» Die USA hätten zwar «keine Strategie für Weltwirtschaft und Weltökologie», aber klare Vorstellungen «von ihrer eigenen zukünftigen machtpolitischen und militärischen Weltrolle». (Die Zeit, 22.4.1999)

UNO- statt NATO-Beitritt

Angesichts der geschilderten Fakten und Einschätzungen macht die systematische Marginalisierung der UNO und der OSZE in den letzten Jahren Sinn. Laut Schmidt wollen die USA «mit Hilfe der NATO die Welt in Ordnung» halten. Und das stellt die raison d'être der UNO in Frage. Das ist ein Grund mehr, uns für einen Beitritt der Schweiz zur UNO und für deren Demokratisierung einzusetzen. Dieses Engagement lässt sich gut kombinieren mit dem Kampf gegen einen NATO-Beitritt. Ein solcher droht uns nicht nur seitens vieler Bürgerlichen, sondern auch etlicher SozialdemokratInnen und Feldgrüner.

Die Interessen Europas

Im jüngsten «Le Monde diplomatique» beschreibt Chefredaktor Ignacio Ramonet die Interessen Europas und der USA. Ein paar Schlüsselaussagen:

»Die Europäische Union führt diesen Krieg aus strategischen Erwägungen. (...) Worin besteht für einen opulenten Staatenzusammenschluss wie die Europäische Union die strategische Bedeutung eines Territoriums? Im wesentlichen in seiner Eigenschaft als Exporteur von Problemen: politisches Chaos, chronische Armut, illegale Einwanderer, Kriminalität, Drogenmafia und dergleichen mehr. Unter diesem Blickwinkel sind seit dem Fall der Berliner Mauer zwei Regionen von allergrösster strategischer Bedeutung für Europa: der Maghreb und der Balkan.

Die Kosovokrise spitzte sich erst nach der Implosion Albanien 1997 zu, als das Land im Chaos versank. Nun konnten sich die Kämpfer der UCK zum einen leicht mit Waffen versorgen, zum anderen stand ihnen ein sicheres Rückzugsgebiet für ihre

Operationen im Kosovo zur Verfügung. Der «Befreiungskampf» um das umstrittene Gebiet drohte lang und grausam zu werden, zumal die beiden Kriegsgegner zum Äussersten entschlossen waren. Konnte es sich die Europäische Union leisten, fünf bis zehn Jahre lang mit einem solchen Konflikt vor der Haustür zu leben? Und erst die vorhersehbaren Folgewirkungen in Mazedonien und im übrigen Balkan! Würden nicht Zehntausende Flüchtlinge versuchen, über Italien in die anderen Länder der EU zu fliehen? Die Antwort auf diese Fragen sind die Bombenangriffe der NATO.. (...)» (WoZ-Beilage, 10.6.1999). ■

Das MOMA

Das jüngste MOMA (Monatsmagazin für neue Politik) ist dem Kosovo-Krieg gewidmet. Es beinhaltet ein ausführliches Interview mit dem Völkerrechts-Professor Walter Kälin über die rechtliche Einschätzung des NATO-Schlages: «Ein Spiel mit dem Feuer» lautet der Titel. Roland Brunner stellt die Geschichte und die Zusammensetzung der UCK vor. Zudem enthüllt er die «hidden agenda» aller Beteiligten und entwickelt ein alternatives Szenario zu dem des Krieges. Die Philosophin Maja Wicks geht der Kriegsrhetorik und der Begriffsverwirrung nach - ausgehend von einem Text von Sigmund Freud aus dem Jahre 1915. Kurt Seifert und Shraga Elam hinterfragen die Rekurse auf den Nationalsozialismus. Josef Lang zeigt die autoritäre Zielsetzung der NATO auf, die zu einer Art «globaler Leviathan» werden will. Zudem hat es eine Reihe von Dokumenten aus den verschiedenen Friedensbewegungen auf dem Balkan.

MOMA Postfach 8031 Zürich
T: 01.272 90 10
Internet: www.moma.ch

Hilflosigkeit aushalten

Ruth Eberle, 44, ist Journalistin und lebt mit ihren drei Söhnen in Oberwil, Zug. Sie hat im Mai 1999 einen Hilfsgütertransport der Asylbrücke Zug, in Zusammenarbeit mit HEKS, nach Albanien begleitet. Ihre Erfahrungen wurden in einem Bericht in der zugerischen Presse veröffentlicht. Nun stand sie auch dem Bulletin Red und Antwort.

Das Interview führten Natalie Chiodi und Martin Stuber am 2. Juni 1999

Bulletin: Wie viele Leute begleiteten den Transport?

Ruth: Nebst mir kamen fünf Chauffeure mit, eine Schweizerin, die ihren kosovo-albanischen Mann in einem Flüchtlingslager besuchen wollte, der Präsident eines Albaner-Vereins von Zug und Mitglied der Asylbrücke, der die wichtige Aufgabe des Übersetzers übernahm, ohne dessen Dienste wir wirklich aufgeschmissen gewesen wären. Wir waren aber in dauernder telefonischer Verbindung mit der Co-Präsidentin der Asylbrücke, Cornelia Mayinger.

Bulletin: Wie ist denn die Übergabe erfolgt?

Ruth: Abgemacht war, dass uns zwei Frauen der albanischen Hilfsorganisation UAW (Useful to Albanian Women) am Zoll in Durrës erwarten. Nach den Zollverhandlungen wurden wir zu einem Platz gebracht, wo wir unsere Güter umladen mussten, dabei haben verschiedenste Männer geholfen, die sich grosszügig selber versorgt haben mit Hilfsgütern. Kaum hatten wir die Busse ausgeladen, wurden wir von der Polizei weggefahren. Wir mussten die Busse und Güter zurücklassen und konnten nur noch hoffen, dass die beiden Frauen es schaffen würden, ihre Güter zum Bestimmungsort zu bringen.

Bulletin: Haben die Güter denn ihren Bestimmungsort erreicht?

Ruth: 70-80 % der Güter haben wir bestimmt durch den Zoll gebracht.

Nachdem wir den Zoll relativ gut überstanden hatten, traf ein, was ich mir als schlimmste Version vorgestellt hatte: Die Waren einfach irgendwo deponieren zu müssen, weit ab von einem Frauenhaus oder Flüchtlingslager. Die telefonische Rückfrage bei den Frauen von UAW hat ergeben, dass die Waren angekommen sind.

Bulletin: Gab es Absprachen mit den albanischen Behörden?

Ruth: Die Papiere waren in Ordnung. Die Asylbrücke hatte eine Liste von allen Gütern abgeben müssen. Und auf jedem Paket war der genaue Inhalt angeschrieben. Die Polizei teilte uns dann mit, dass Spielzeuge keine Hilfsgüter seien und verlangten deren Herausgabe. Das hat mich fast zerrissen! Einer der Chauffeure entschied sich, seine persönlich gesammelten Spielsachen herauszurücken, so mussten wir nicht alles abgeben und die ganzen vier Busse auf den Kopf stellen, um die Spielsachen zu suchen und konnten so praktisch den Rest der Spielsachen «freikaufen». Wir wollten uns nicht auf einen Machtkampf einlassen, denn niemand von uns hatte unbeschränkt Zeit.

Bulletin: Wer hat denn jeweils diese Anordnungen veranlasst?

Ruth: Jene Beamten, die das veranlasst hatten, haben wir nie gesehen, nur die Mittelsmänner, die uns als nächstes mitteilten, dass auch Teppiche keine Hilfsgüter seien. Sieben Teppiche wollten sie. Die haben sie



«Wir konnten nur hoffen, dass die Frauen die Güter unbeschadet zum Bestimmungsort bringen»

bekommen. Wir hatten ja noch weitere Teppiche, die als Unterlagen in den Zelten bestimmt waren. Dann war wieder Ruhe für eine Stunde - bis sie die Schreibmaschine verlangten, das Bügeleisen etc. Doch das Bügeleisen konnten wir einfach nicht finden, denn für uns hiess das jedes Mal in vier Bussen alle Pakete umstapeln und nach dem gewünschten Gegenstand suchen. So hat sich einer der Albaner erbarmt, hat zu Hause sein eigenes Bügeleisen geholt und an unserer statt abgegeben. Wir suchten selber nach den geforderten Dingen, um die Kontrolle über die Ladung zu behalten.

Bulletin: Hätte man nicht wissen sollen, dass ohne Mafia nichts geht in Albanien?

Ruth: Ich hatte gelesen, dass Hilfsgü-

KRIEG AUF DEM BALKAN

ter verschwinden. Aber wir dachten, dass wir die besten Bedingungen hätten für einen reibungsfreien Ablauf der Aktion. Wir hatten ja vier Postautos als Geschenk an die albanische Regierung dabei und Hilfsgüter, die einer albanischen Frauenorganisation zu Gute kommen sollten. So glaubten wir, dass wir am Zoll einigermassen problemlos durchkommen würden.

Bulletin: Welches ist dein Fazit zu den Hilfsgütertransporten?

Ruth: Lernen, die eigene Hilfslosigkeit auszuhalten und nicht um jeden Preis eine Aktion starten. Ich persönlich würde nicht nochmals einen solchen Konvoi begleiten, weil ich solche Aktionen zumindest im Moment nicht sinnvoll finde. Der italienische Leiter eines Flüchtlingslagers riet mir, keine Waren mehr zu schicken, da nur 20% davon ankommen. Der Rest gehe an die Mafia. Wir könnten ihnen nur helfen mit Geld, und das müssten wir in die Hand drücken, sonst komme es auch nicht an. Sein Ziel wäre dann, den Flüchtlingen selber Geld zu geben, so könnten sie selber einkaufen, Kontakte zu AlbanerInnen würden geknüpft, Vorurteile abgebaut. So würden die Flüchtlinge auch autonomer. Aufgrund meiner Erfahrungen, erscheint mir diese Lösung sehr sinnvoll. Allerdings kenne ich nur die Situation in Durrës, vielleicht gibt es an anderen Zollstationen weniger grosse Probleme und bessere Möglichkeiten, die Hilfsgüter an den Bestimmungsort zu bringen.

Bulletin: Wie ist es anderen Hilfsgütertransporten gegangen?

Ruth: Die Leiter eines anderen Konvois waren nicht bereit zu verhandeln, blieben in ihren Lastwagen sitzen, z.T. schon seit Tagen. Dabei sind auch Nahrungsmittel verdorben. Das war eine private Hilfsorganisation aus den Niederlanden ohne



«Ich persönlich würde nicht nochmals einen solchen Konvoi begleiten»

Kontaktpersonen in Albanien. Hingegen habe ich beobachtet, dass das IKRK ohne Probleme nach Albanien einreisen konnte mit seinen Gütern. Im Moment ist es wohl am einfachsten für grosse und bekannte Organisationen, sich in Albanien Einlass zu verschaffen.

Bulletin: Hast du deine Kritiken weitergeleitet?

Ruth: Selbstverständlich habe ich die Asylbrücke informiert. Ob sie diese

Erfahrungen dem albanischen Konsulat weitergeleitet hat, weiss ich nicht. Im Weiteren habe ich den Lehrer meines Sohnes informiert, da die Stadtschulen Zug gerade einen Aufruf an die Kinder und ihre Eltern lanciert hatten, Kindersachen und -spielzeug zu sammeln.

Bulletin: Was hast du vom Krieg gemerkt?

Ruth: Auf dem ganzen Weg in Italien habe ich keine Flugbewegung gese-

hen. Am Zoll in Durrës haben sie uns einmal auf einen Angriff aufmerksam gemacht, ich habe lediglich eine Dreier-Formation am Himmel gesehen und einen tieffliegenden Helikopter. Auf dem Weg nach Tirana habe ich etwa drei US-Militärwagenkonvois gesehen. Den Auftrag, uns nach Tirana zu führen, hatte übrigens die Polizei. Ich wünschte, ein Flüchtlingslager zu sehen. Darauf ist man sofort eingegangen.

Bulletin: Was hast du dort angetroffen?

Ruth: Man hat mir erklärt, dass es zwei Kategorien von Flüchtlingslagern gebe. Bei der einen Kategorie werden Zelte aufgestellt ohne Einzäunung, und die andere Kategorie Flüchtlingslager ist eingezäunt. Die eingezäunten Lager sind überblickbar, die Flüchtlinge können nicht unkontrolliert ins Lager hineinkommen. So wird vermieden, dass plötzlich dreimal so viele Flüchtlinge in einem Zelt leben. Das Lager, das wir besichtigen konnten, wird von der italienischen Regierung unterstützt und von italienischen Freiwilligen geleitet. Ein ausgesprochen gepflegtes Lager, ohne Nahrungsresten und Unrat am Boden. Etwa 1000 bis 1500 Leute leben dort auf engem Raum und trotzdem herrschte eine ungewöhnliche Stille.

Bulletin: Was hältst du vom Notrecht, auf das der Bundesrat zurückgreifen will?

Ruth: Ich kann nicht verstehen, dass die Schweiz einen Notstand ausruft, wenn man bedenkt, welcher Notstand im Kriegsgebiet und den umliegenden Ländern herrscht. Gleichzeitig sehe ich keine Bestrebungen, um die Hilfeleistungen vor Ort zu intensivieren. Ich denke jetzt schon an den Winter, die Zustände werden dann unhaltbar sein. Gleichzeitig redet der Bundesrat von riesigen Zahlen von Flüchtlingen, die in der

Hintergründe

Als sich auf der Londoner Botschafterkonferenz von 1912/13 die Grossmächte für die Schaffung eines Rumpfalbaniens entschieden, blieben mehr als 50% des albanischen Volkes ausserhalb dieses Staates. Während den zwei Weltkriegen proklamierten Mussolini und Hitler ein Grossalbanien, das mit der Niederlage des Deutschen Reiches wieder von den Landkarten verschwand. Es folgten über 40 Jahre Kommunismus unter dem stalinistischen Regime von Enver Hoxha, in denen das Land von der Aussenwelt gänzlich abgeriegelt war. Die politischen Wirren seit der Öffnung Albanien 1992 und der Zusammenbruch des spekulativen Finanzsystems 1996, das den AlbanerInnen schnellen Reichtum versprach, stürzten das schon vorher arme Land in bitterstes Elend. Die Regierung hat längst keine Kontrolle mehr über weite Teile des Staatsgebietes. Korruption ist an der Tagesord-

nung, sie ist Teil des Überlebenskampfes eines Volkes, das nichts mehr zu verlieren hat.

Wenn nach Jahren der Ignoranz Europas nun durch den Krieg in Kosova Hilfsgüter nach Albanien gelangen, versucht auch die albanische Bevölkerung davon zu profitieren. Dies war der Asylbrücke Zug durchaus bewusst, trotzdem hat sie sich dafür entschieden, aufgrund der damaligen Gelegenheit einen Hilfstransport durchzuführen. Die Dankeschreiben der albanischen Regierung und der Frauenorganisation Useful to Albanian Women UAW für die erhaltenen Güter müssen uns als Empfangsbestätigung genügen. Dass auch AlbanerInnen ihren Teil genommen haben, zeigt, dass unser Massstab von Gerechtigkeit aus ihrer Perspektive wohl etwas anders aussieht. Doch damit müssen und können wir uns abfinden.

Cornelia Mayinger, Asylbrücke Zug

Schweiz erwartet werden. Ich frage mich, ob dies nicht Panikmache ist im Hinblick auf die Abstimmung der beiden Asylvorlagen am 13. Juni.

Bulletin: Wie geht es weiter in Albanien?

Ruth: Die albanische Bevölkerung erwartet eine Katastrophe in ihrem Land, wenn nicht die NATO eingreift und sie stützt. Die NATO ist für sie das Grösste, da wird überhaupt nichts hinterfragt, sie könnten sich sogar vorstellen, dass sie die Regierung übernimmt in ihrem Land. Es war sehr beeindruckend, wie unreflektiert meine GesprächspartnerInnen der NATO gegenüberstehen. Als ich erwähnte, dass dieselbe Organi-

sation auch uranhaltige Bomben über dem Kosovo abwirft, glaubten sie mir das nicht. Offensichtlich sehen viele nur schwarz und weiss. Vielleicht spielt da der immense Hass eine Rolle, der sich angestaut hat und den ich bei meinen Gesprächen mitbekommen konnte. ■

War das ein belgischer Tofuburger?!

Grmb!!



Zu einem dünnen Rinnsal verkommen ist die vor einigen Monaten hochgejubelte Kandidatenschwemme bei der FDP. Gerade noch zwei valable Figuren konnte die FDP am Schluss zur Auswahl präsentieren – und sägte dann den fähigeren kurzerhand ab.

Die ganze politische Ochsentour hat nichts genützt: neuer Zuger FDP-Nationalrat wird nicht Christoph Straub sondern WWZ-Leutenegger. Womit die FDP klargemacht hat, was sie von ihrem eigenen politischen Personal hält.

Immerhin: Respekt verdient der halbstaatliche FDP-Spitzenkandidat Leutenegger: wie der WWZ-Boss damals die beiden Regierungsräte Twerenbold und Kohler beim Verkauf des Gaswerkareals über den Tisch gezogen hatte und dann noch dafür sorgte, dass die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat dem masslos überhöhten Landpreis brav zustimmte, ist schon ein Kabinettsstücklein freisinniger Geschäftstüchtigkeit – auf Kosten der SteuerzahlerInnen...

Nun ja, käuflich ist die Welt. Sogar Gags können gekauft werden – zu 175 DM das Stück, wie wir einem Zeitungsartikel über den Krienser Promi-Gag-Schreiber Oliver Kraaz

entnehmen können. Die CVP wird nun wohl Kraaz anheuern müssen, nachdem running gag Fusco nicht mehr präsidiert.

Administriert wird die CVP weiterhin von ihrem Sekretär Franz P. Iten. Der ist hauptberuflich Sekretär des Gewässerschutzverbandes (Präsident bis Ende 1998 war CVP-Ex-Regierungsrat Twerenbold), als solcher seit der definitiven Fertigstellung der Ringleitung und Abschluss des Endausbaues der ARA Schönau in seinem Job bei weitem nicht ausgelastet und hat deshalb noch etwas Zeit für seine Partei.

Voller Stolz erzählt uns der SVP-Ober-Hosenträger Hans Durrer in der Neuen ZZ, wie er als Stawiko-Mitglied mit allen Befugnissen ausgestattet die kantonale Verwaltung überwachen darf. Geradezu als aufreuerischer Aufruf an unzufriedene Beamte liest sich folgendes Zitat: «Vor allem kantonale Beamte vergessen häufig, dass sie bei Auseinandersetzungen mit Vorgesetzten – auch mit Regierungsräten – sich vertrauensvoll an ein Stawiko-Mitglied wenden können.» Da wird dem selbsternannten Ombudsmann Durrer nach Erscheinen seines Artikels wohl die halbe Baudirektion die Bude ingerannt haben – denn dort

erreicht der Frust über Chef Flachsmann zurzeit Höchstwerte.

Sexuelle Revolution im Kanton Zug: während vor ein paar Jahren die Staatskanzlei noch befand, dass die Begriffe lesbisch und schwul in einem Amtsblatt-Inserat nichts zu suchen haben, annoncierte kürzlich die Zuger Kantonspolizei die Einrichtung einer Anlaufstelle für Opfer von Gewalt gegen Homosexuelle. Am grossen Coming Out der Schwulen- und Lesbenszene vom 9. Oktober in der Galvanik erwarten wir zur Visionierung der «Rocky Horror Picture Show» den Regierungsrat in corpore in Straps und Leder.

Vom Straps zur mittelalterlichen Strumpfhose ists dann nicht mehr weit, wenn wir anno 2005 dank Chnuschpis Einsatz den 650jährigen Eintritt Zugs in die Eidgenossenschaft feiern dürfen. Hei, das wird ein Spass: die hohen Herren des Standes Zug bewamst und mit Schellenschutz à la Kolin, wie sie den Festumzug mit dem Mobiltelefon live ins Internet beamen... ■



Andrea Hodel: «Aber Herr Kündig, sie sind ja gar kein Gewerbler!»
Markus Kündig: «Sch... - jetzt hat's die Hodel doch noch gemerkt»

veranstaltungen

Juni

Do 24. Monatsbar - Menu: Couscous (vegetarisch)
Cafeteria des ZALT vis à vis EPA, ab 18.30 Uhr.

Mo 28. Nominationsversammlung der SGA und Alternativen.
20.00h, Restaurant Bären, Zug.

Juli

Do 22. LesBiSchwuler Treff
Restaurant Chaotikum, Zug. Gartenbeiz, ab 19 Uhr.

DO 29. Wegen Sommerferien KEINE Monatsbar!

August

Do 26. LesBiSchwuler Treff
Restaurant Chaotikum, Zug. Gartenbeiz, ab 19 Uhr.

Do 26. Monatsbar
Cafeteria des ZALT vis à vis EPA, ab 18.30 Uhr.

10. od. 11. Voranzeige: Fundraising z'Nacht.
Ort noch unbekannt.

September

Do 23. LesBiSchwuler Treff
Restaurant Chaotikum, Zug. Gartenbeiz, ab 19 Uhr.

Sa 25. Alternativer Sponsorenlauf in Steinhausen

Do 30. Monatsbar mit den NationalratskandidatInnen.
Cafeteria des ZALT vis à vis EPA, ab 18.30 Uhr.

AZB 6304 Zug
Adressänderungen und Retouren an SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

Die Alternativen kommen!

Am 24. Oktober 1999 finden die Nationalratswahlen statt. Die SP des Kantons Zug hat Armin Jans (bisher) nominiert und sich für eine gemeinsame Liste mit SGA und Alternativen ausgesprochen.

Die SGA und die anderen alternativen Gruppierungen nominieren ihre Kandidatin und ihren Kandidaten gemeinsam am:

Montag, 28. Juni 1999, 20 Uhr im Restaurant Bären in Zug

Die Frische Brise hat am 15. Juni 1999 ihre Kantonsrätin Manuela Weichelt portiert, der Vorstand der SGA am 14. Juni 1999 ihren Gemeinderat Martin Stuber.

1. Begrüssung durch den Versammlungsleiter Hanspeter Uster, Regierungsrat der Alternativen Fraktion
2. Nomination von Manuela Weichelt (Frische Brise) und Martin Stuber (SGA)
3. Beschluss für eine gemeinsame Liste mit der SP
4. Einsetzung eines alternativen Wahlausschusses (AWAS)
5. a) Verkehrspolitik im Kanton Zug - wohin aus alternativer Sicht? Martin Stuber, seit 10 Jahren engagiert in Verkehrsfragen, orientiert.
b) Spitalpolitik - unser alternativer Ansatz für eine optimale Gesundheitsversorgung für alle. Manuela Weichelt, profiliert und Profi in Gesundheitsfragen, informiert.
Es besteht Gelegenheit zur Diskussion.
6. Information über wichtige Daten der Nationalratswahlkampagne